

Presserohstoff / 70 Jahre europäisch bewegte Schweiz

Zur Geschichte der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz

Europadebatten vor dem Ersten Weltkrieg

Die europäischen Bewegungen gehören zum Erbe des Ersten Weltkriegs. Davor waren die Debatten über Europa kaum mehr als eine intellektuelle Randerscheinung. Häufig taten sich einzelne mehr literarisch ambitionierte Persönlichkeiten damit hervor, oder die europäische Aristokratie nahm Europa ins mondäne Gespräch. Es waren, wie Hans-Ulrich Jost schreibt, «unausgereifte Entwürfe für eine Welt, die vom Nationalstaat, vom Nationalismus und vom Imperialismus, aber auch von den sozialen Konflikten der Industriegesellschaft dominiert war». Europa sei bestenfalls eine «kulturelle Chiffre» gewesen, «mit der eine vermeintliche zivilisatorische Überlegenheit gegenüber den Kolonial- und allen anderen auszugrenzenden Völkern legitimiert werden sollte».

Nach dem Ersten Weltkrieg aber standen die europäischen Staaten vor Problemen, die übernationale Lösungen verlangten. Dazu gehörten die Organisation eines dauerhaften Friedens, der Aufbau einer mit Amerika konkurrenzfähigen Wirtschaft und die Bewältigung der «sowjetischen Herausforderung». Vor diesem Hintergrund entstand in der Zwischenkriegszeit ein gutes Dutzend Europabewegungen, die mit im Einzelnen unterschiedlichen Vorstellungen eine vertiefte europäische Zusammenarbeit anstrebten. Es wurden zahlreiche Kongresse durchgeführt, und verschiedene Kreise und Gruppen veröffentlichten Aufrufe und organisierten Manifestationen zur Europafrage.

Gründung der Europa-Union

Die erste Organisation für ein föderalistisches Europa war die Europa-Union, Schweizerische Bewegung für die Einigung Europas (hier abgekürzt: EUS). Sie entstand 1934 aus der Fusion zweier in Basel ansässiger Vereinigungen: der Jung-Europa Basel und der Paneuropa Gruppe Basel.

Die ältere der Fusionsparteien, die Jung-Europa, war 1930 in Genf gegründet worden und verlangte in ihrem Programm, eine europäische Freihandelszone zur Verhinderung bewaffneter internationaler Konflikte zu errichten. Die Basler Sektion überstand den Niedergang der Organisation dank des Engagements Hermann Aepplis, dem nachmaligen ersten Sekretär der EUS. Der zweite Partner, die Paneuropa Gruppe Basel hatte sich Anfang 1933 im Nachgang zum III. Paneuropa-Kongress formiert, der im Oktober 1932 in Basel stattgefunden hatte. Sie folgte damit dem Aufruf des Kongresses, eine Volksbewegung für Europa auszulösen, nachdem der Vorstoss des französischen Aussenministers Briand für ein föderalistisches Europa auf Regierungsebene keine nachhaltige Wirkung erzielt hatte. Die Paneuropa-Bewegung ging zurück auf die Initiative des Grafen Richard Coudenhove-Kalergi, der einer der wichtigsten Impulsgeber der europäischen Bewegungen war.

Zum Präsidenten wählte die Gründungsversammlung der Europa-Union den damals 33jährigen Redaktor der National-Zeitung, Hans Bauer, der die Organisation bis Ende seiner Amtszeit 1965 massgeblich prägte. Dem ersten Zentralkomitee gehörten nebst Bauer und Aeppli vorwiegend junge und zunächst ausschliesslich Deutschschweizer Männer an, darunter Akademiker, Kaufleute, Architekten und Industrielle, darunter auch der Berner Schokoladenfabrikant Theodor Tobler. Unter den Aktivposten der Europa-Union waren ausserdem einige Emigranten wie beispielsweise Heinrich Georg Ritzel, der Reichstagsabgeordneter war und aus Deutschland flüchten musste, nachdem Hitler die Macht ergriffen hatte. Ritzel besetzte in der EUS die Stelle eines «administrativen» Sekretärs und war zusammen mit Bauer wesentlich an der Formulierung des Programms der EUS beteiligt.

Programm

Die EUS konstituierte sich als überparteilichen und -konfessionellen Verein, der eine Volksbewegung begründen sollte. Auf der Titelseite der Erstausgabe ihres Organs «Der Europäer» vom Mai 1935 rief die EUS in einem manifestartigen Text «alle europäisch Gesinnten» auf, für ein einiges Europa einzustehen. Es war ein dringender Appell gegen den Fatalismus, den drohenden Krieg «als etwas unabwendbar Kommendes» hinzunehmen. Die einzige Möglichkeit in Europa Frieden und Wohlstand zu schaffen, sei ein europäischer Bund.

Hinter diesem Appell fehlte allerdings in den ersten Jahren des Vereins eine genauer ausformulierte Europa-Konzeption. Das erste detailliertere Programm formulierte die Vereinsführung im ersten Kriegswinter (1939/40). Diese «Leitsätze für ein neues Europa» und die Bücher von Bauer und Ritzel beschrieben ein idealistisches Konzept – eingestandenermassen ein Gedankenexperiment – das freihändlerische Reformideen, Rezepte zur gesellschaftlichen «Erneuerung» und pazifistische Elemente kombinierte. Zentral war die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat, der für die Friedenssicherung verantwortlich sein sollte. Allerdings hielt die EUS gleichzeitig an der integralen Neutralität der Schweiz fest, was einen Beitritt zu einer supranationalen Organisation eigentlich ausschloss. Die soziale Verantwortung übertrug die EUS der Wirtschaft, die genossenschaftlich organisiert und von der Politik vollständig abgekoppelt werden sollte. Schliesslich sollte ein unabhängiges übernationales Kulturparlament den Schulunterricht europäisch ausrichten und die Erziehung der Kinder zu einer europäisch und demokratisch gesinnten Jugend gewährleisten.

Thomas Staffelbach stellt fest, es sei einfach, «im Rückblick und mit Kenntnis des Ost-West-Konfliktes der Nachkriegsjahre (...) der Europa-Union eine illusionäre Haltung zu bescheinigen». Gleichzeitig habe aber die Europa-Union schon damals Argumente formuliert, die man auch aus aktuellen Debatten kenne. Man könne den Gründern der EUS also zugestehen, «dass sie mit ihren Vorstellungen mögliche Lösungen aufzeigten, die der Zeit voraus waren».

Internationale Vorreiterrolle

Am wirkungsvollsten agierte die EUS auf internationaler Ebene. Sie suchte nach dem Zweiten Weltkrieg Kontakt zu verwandten Organisationen im Ausland. In den meisten europäischen Staaten hatten sich während der deutschen Besatzung verschiedene Komitees innerhalb der Résistance gebildet, die sich mit europäischen Fragen auseinandersetzten und nach der Befreiung als selbständige Bewegungen konsolidierten. Zusammen mit der niederländischen «Europeesche Actie» und anderen Verbänden organisierte die EUS eine Konferenz europäischer Föderalisten in der Schweiz. Vom 15. September bis am 22. September trafen sich in Bern und Hertenstein am Vierwaldstättersee insgesamt 78 Delegierte aus 13 europäischen Ländern sowie den USA. Die deutschen Vertreter waren – ungewöhnlich zum damaligen Zeitpunkt – gleichberechtigte Teilnehmer.

Die Konferenz verabschiedete ein 12-Punkte-Programm, das sich wesentlich an den Programmen der EUS und des niederländischen Verbands orientierte und die föderalistischen Grundsätze klar, knapp und doch umfassend umriss. Die Resonanz der Konferenz blieb damals aber bescheiden, nicht zuletzt weil Churchills Rede vom 19. September 1946 die Aufmerksamkeit nach Zürich lenkte. «Hertenstein» wirkte aber weiter dadurch, dass es die Gründung eines internationalen Dachverbands ansties, der Ende 1946 als Union Europäischer Föderalisten (UEF) konstituiert wurde.

Die internationale Initiative der EUS war also durchaus erfolgreich und blieb ein Aktionsfeld auch in den folgenden Jahrzehnten. Ihr Ost-West-Kolloquium «Unser Europa» vom 28./29. Oktober 1989 in Genf beispielsweise, das Delegierte aus 7 osteuropäischen Staaten mit Vertretern aller Europaratländern zusammen brachte, dokumentiert das Engagement für eine Vereinigung des geteilten Europas.

Nationale Probleme

In der Schweiz aber blieben die Erfolge bescheiden. Zwar führten die EUS in ihrer Anfangszeit regelmässig gut besuchte Veranstaltungen durch und brachte es in den 30ern auf rund 3000 Mitglieder. Als Volksbewegung hielt sie sich

aber meist bewusst auf Distanz zum politischen Tagesgeschäft. Und als sie sich trotzdem vorwagte, handelte sie sich das Misstrauen der Behörden ein. Die Einschätzung Bundesrat Mottas, die EUS sei eine «linksgerichtete, pazifistische Vereinigung radikaler und sozialistischer Politiker mehrerer europäischer Länder» rührte wohl von der Initiative für eine Rüstungskontrolle, die die EUS lanciert und zur Abstimmung gebracht hatte. Die Bundesanwaltschaft überwachte sämtliche führenden Mitglieder und erstattete dem Politischen Departement regelmässig Bericht. 1936 wurde sogar die Korrespondenz der EUS kontrolliert. Ende der 40er liess die Skepsis aber nach, und die Bundesanwaltschaft stellte fest, «qu'il n'y a absolument rien de défavorable à ce mouvement».

Der Einfluss auf die politischen Gremien blieb aber gering, die Mitgliederzahlen gingen zurück und die finanziellen Mittel schwanden. Obwohl am Ende des Zweiten Weltkriegs mit Sektionsgründungen in Genf und Lausanne die Ausdehnung in die Westschweiz gelang, verschlechterte sich die Lage zusehends, so dass die EUS 1947 als Volksbewegung zu versanden drohte. Dieser Umstand ist nebst anderem dem Rückzug einiger tragender Figuren (z.B. Emigranten) zuzuschreiben und dann auch der Prioritätensetzung der Vereinsleitung, «die zu lange auf die internationalen Bewegungen fixiert war», wie Staffelbach schreibt. Die EUS verfehlte ihr Ziel, einen Mitgliederbestand von 2% der Schweizer Bevölkerung zu erreichen, trotz Anstrengungen zur Mitgliederwerbung klar.

Ringen mit aussenpolitischen Verhärtungen

Es war nicht leicht, für die Anliegen der EUS Anhänger zu finden. Im Privaten machte der materielle Wohlstand zufrieden, und in der Aussenpolitik galt die Maxime der integralen Neutralität, die nach Einschätzung der Mehrheit weder den Beitritt zur UNO noch zum 1949 gegründeten Europarat zuliess. Auch die EUS tat sich schwer damit, die offenbar unantastbare Neutralität (gegen alle Anfeindungen) so zu formulieren, dass sie etwas mehr aussenpolitische Beweglichkeit erlaubte. Ein Ergebnis, das, so Hans Bauer, «einen lebhaften Streit um Worte» innerhalb der EUS beendete, brachte der Badener Kongress 1962. Die Resolution stellte in Bauers Zusammenfassung den «relativen, wenn auch ehrwürdig historischen Weg der schweizerischen Neutralität» fest und verlangte, dass sich die Schweiz vorbehaltlos an der Einigung Europas beteiligt. Das hiess damals, die Assoziationsbemühungen des Bundesrats an die EWG zu unterstützen, wobei später eine Vollmitgliedschaft angestrebt werden solle, «um mit umfassenden Mitspracherechten» die schweizerische «föderalistische Erfahrung in den Dienst der werdenden politischen Einheit Europas stellen zu können».

Zwar trat die Schweiz 1963 dem Europarat bei, ansonsten beschränkte sie sich aber in ihren Beziehungen zur seinerzeitigen EG auf eine Wirtschaftsintegrationspolitik. Die EUS hatte sich zu dieser Zeit vom Idealismus der Gründerzeit distanziert, setzte sich aber umso vertiefter mit den Problemen in der europäischen Zusammenarbeit auseinander. 1975 veröffentlichte sie ein aufwendig vorbereitetes zweites «Hertensteiner Programm», das «kurz- bis mittelfristig realisierbare Wegmarken» für die europäische Integration absteckte. Von der Schweiz verlangte dieses Programm allerdings keine unmittelbaren Beitrittsbemühungen, sondern eine «europäisch ausgerichtete schweizerische Innenpolitik», die die Europarelevanz jeder Massnahme erwägen solle.

Ab Ende der 80er Jahre wandte sich die EUS dann entschlossener der schweizerischen Europapolitik zu. Der damalige Präsident und Genfer Staats- und Nationalrat, Guy-Olivier Segond (FDP), stellte in den «Thesen für eine Europapolitik der Schweiz» (1989) das «Ungenügen des pragmatischen Ansatzes» fest und forderte einen «Strategiewechsel». Segond formulierte ein Plädoyer dafür, dass die Diskussion über die Stellung der Schweiz in Europa viel breiter geführt werde, damit ein Meinungsbildungsprozess stattfindet, und sie im geeigneten Zeitpunkt demokratisch über den Beitritt entscheiden könne.

Die europapolitischen Abstimmungen fielen dann aber bekanntlich mit Ausnahme der bilateralen Vorlagen negativ aus. Der ehemalige EUS-Präsident Jean-Pascal Delamuraz musste 1992 als Bundesrat zur Ablehnung des EWR Stellung nehmen, und die Nebs scheiterte 2001 klar mit der Initiative zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – dies nachdem ein für sie annehmbarer Gegenvorschlag im Ständerat gescheitert war. Zu verlieren gehört allerdings zum Geschäft derer, die «Dinge zur Diskussion stellen, die zu diskutieren wir uns allgemein zu sehr scheuen, obschon es nachgerade dringend nötig wäre», wie der Tages-Anzeiger im Bericht über den Badener Kongress 1962 schrieb.

Literatur und Quellen:

Bauer Hans: 50 Jahre Europa-Union Schweiz Sektion Basel 1933-1983.

Der Europäer / (ab 1946) Europa; Organ der Europa-Union: versch. Jahrgänge und Ausgaben.

Flury-Dasen Eric: Die Union européenne des fédéralistes und die Europa-Union. Grenzen und Möglichkeiten des Einflusses von europaföderalistischen Verbänden in der Schweiz. In: Die Schweiz im internationalen System der Nachkriegszeit 1943-1950 (Itinera Fsc. 18). Hg. von Georg Kreis. Basel 1996, S.32-54.

Jost Hans Ulrich: Europa und die Schweiz 1945-1950. Europarat, Supranationalität und schweizerische Unabhängigkeit. (Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte, Bd.2). Zürich 1999.

Kreis Georg: Der «vierte Tag» der Paneuropa-Bewegung. Zum Basler Kongress von 1932. Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, 91. Basel 1991, S. 335-361.

Staffelbach Thomas: Die Europa-Union 1945-1949. In: Studien und Quellen, Bd. 18. Bern 1992, S.159-229.